

Herrn Oberbürgermeister
Thomas Eiskirch

28. Januar 2025

Antrag zur Sitzung des Rates am 13. Februar 2025

Betrieblich nicht benötigte Flächen der Stahlindustrie in Bochum

Beschlussvorschlag:

- 1) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei den Wirtschaftsministern von Bund und Land vorstellig zu werden und um Stellungnahme zur Resolution des Rates zu bitten.
- 2) Der Oberbürgermeister und die städtische WirtschaftsentwicklungsGmbH werden beauftragt, dem Thyssen-Krupp-Konzern förmlich das städtische Interesse an den Flächen an der Castroper Strasse mitzuteilen.
- 3) Für die künftige Nutzung des angesprochenen Areals erstellen Verwaltung und WEG erste städtebauliche Konzepte.
- 4) Der Rat wird über eine mögliche Förderung der Flächenentwicklung (auch Kaufpreis?) nach Gesprächen mit evtl. Fördergebern informiert (s. Koa-Vereinbarung CDU/Grüne in NRW).
- 5) Der Rat wird bis zum 30. Juni 2025 über notwendige planungsrechtliche Veränderungen und die Reaktionen zu 1), 2) und 4) informiert.

Begründung:

Der ThyssenKrupp-Konzern hat öffentlich darüber informiert, das Werk an der Castroper Straße drei Jahre früher (2027) als vereinbart zu schließen. Im Tarifvertrag zwischen Konzern, Gesamtbetriebsrat und Gewerkschaft wurde ursprünglich die Schließung für das Jahr 2030 vereinbart. Im Interesse der Beschäftigten würde sich die CDU-Fraktion über einen dauerhaften Erhalt der Arbeitsplätze sowie des Standortes freuen. Auf der anderen Seite muss die Stadt die Einstellung des Betriebes – wie seinerzeit bei Opel – als Chance begreifen und frühzeitig handeln.

Der Rat hat in seiner Sitzung am 2. Mai 2024 in einer einstimmig verabschiedeten Resolution an Bundes- und Landesregierung appelliert, in den Gesprächen mit dem Konzern über Subventionen für die Umstellung auf Wasserstoff die Bereitstellung der betrieblich nicht mehr benötigten Flächen zu thematisieren. Ziel muss es sein, diese Flächen der öffentlichen Wirtschaftsförderung zur Verfügung zu stellen.

Die Zuständigkeit liegt bei den Wirtschaftsministerien von Bund und Land. Reaktionen auf die Resolution aus diesen Ministerien sind nicht bekannt. Im Hinblick auf den in der Stadt bestehenden Engpass bei Gewerbe- und Industrieflächen und der für 2028 angekündigten Produktionseinstellung an der Castroper Straße ergibt sich Handlungsbedarf.

Eine weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.



Roland Mitschke
Stellv. Fraktionsvorsitzender

